

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMITTEILUNG

18.02.2021

Venezuela: Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs muss neue außergerichtliche Massenhinrichtungen in Voruntersuchung einbeziehen

In einer neuen Open-Source-Untersuchung mit dem Titel "Venezuela: Straflosigkeit im Angesicht einer tödlichen Politik der sozialen Kontrolle" wurden von Amnesty International Beweise gesammelt, die von ihrem Crisis Evidence Lab verifiziert wurden. Amnesty International hält den Tod von mindestens 14 Männern im Stadtteil La Vega in Caracas zwischen dem 6. und 9. Januar 2021 für wahrscheinliche außergerichtliche Hinrichtungen und fordert die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs auf, diese Fakten in ihre Voruntersuchung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von staatlichen Akteuren in Venezuela begangen wurden und werden, einzubeziehen.

Obwohl Nachbarn die Polizeipräsenz seit dem 6. Januar anprangerten, wurden zwei Tage später bis zu 650 Agenten der venezolanischen Sicherheitskräfte in der Gemeinde La Vega im Südwesten von Caracas eingesetzt, weil es angeblich zu Zusammenstößen zwischen Banden und der Polizei gekommen war. Zu den eingesetzten Beamt*innen gehörten die Spezialeinsatzkräfte (FAES) und andere Mitglieder der Bolivarischen Nationalpolizei, die in der Vergangenheit für die systematischen außergerichtlichen Hinrichtungen von jungen Männern, die in Armut leben, kritisiert wurden.

"Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass mindestens 14 der Todesfälle in La Vega zwischen dem 6. und 9. Januar wahrscheinlich außergerichtliche Hinrichtungen waren, ein Verbrechen nach internationalem Recht, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnte. Trotz wiederholter Verurteilung durch internationale Organisationen und die mutige venezolanische Zivilgesellschaft gehen diese Verbrechen Jahr für Jahr weiter, Hand in Hand mit völliger Straflosigkeit", sagte Erika Guevara Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Amnesty International hat neun Videos verifiziert, die zwischen dem 8. und 9. Januar gefilmt wurden und Polizeiaktivitäten in der Gegend von La Vega zeigen. Videos, die am Morgen des 8. Januar gefilmt wurden, zeigen einen Konvoi von Polizeifahrzeugen, der die Avenida O'Higgins in Caracas in Richtung des Gebiets La Vega fährt. Ein weiteres Video zeigt die Polizei und ihre Fahrzeuge bei der Avenida Guzmán Blanco, an der Grenze zur Gemeinde La Vega. Ein Video, das von lokalen Medien ebenfalls am 8. Januar veröffentlicht wurde, zeigt eine starke Polizeipräsenz in der Nähe des Gimnasio Vertical in der Gemeinde La Vega. Auf dem Video sind auch Polizeifahrzeuge, Waffen, ein gepanzertes Polizeifahrzeug und Verbandsabzeichen der UOTE (Unidad de Operaciones y Tácticas - Spezialeinheit für Operationen und Taktik) zu sehen. Ein weiteres Video, das am 8. Januar gefilmt wurde, zeigt die Szene in der Calle los Bloques nahe dem Zentrum von La Vega, in welcher Schüsse zu hören sind. Ein Foto, das vom gleichen Standpunkt aus aufgenommen wurde, zeigt, dass es sich bei den im Video

gezeigten Fahrzeugen um Polizeifahrzeuge handelt und dass es in der Gegend eine starke Polizeipräsenz gibt.

Ein weiteres hochgeladenes Video von den Vorfällen in La Vega wurde in der Nähe der Calle 1 de Mayo gefilmt, mitten in La Vega. Bei etwa der Sekunde 20 des Videos ist ein Schuss zu hören und ein Polizist duckt sich. Bei ca. Sekunde 30 ist derselbe Polizist zu sehen, wie er mit seiner Waffe zielt und Deckung sucht, wo andere Polizisten warten. CPNB (Cuerpo de Policía Nacional Bolivariana - Bolivarianisches Nationales Polizeikorps) und Verbandsabzeichen der Bolivarianischen Nationalen Polizei sind deutlich auf einigen der Uniformen zu sehen. Andere Videos zeigen dieselbe Straße als Schüsse ertönen und eines zeigt bewaffnete Polizisten, die in der Gegend patrouillieren. Ein letztes Video, das von oberhalb der Straße gefilmt wurde, zeigt einen Polizei-Pick-up, der westwärts entlang der Calle Zulia aus der Gemeinde La Vega herausfährt. Er scheint Leichen auf der Ladefläche zu transportieren.

Mindestens 14 Menschen starben während des Einsatzes, der vier Tage bis zum 9. Januar dauerte, mit Berichten über weitere 10 tödliche Opfer durch das Vorgehen der Polizei. Zwei der Opfer waren Berichten zufolge 17-jährige Jugendliche.

Menschenrechtsorganisationen und Bewohner*innen von La Vega bestritten, dass die Todesfälle das Ergebnis von Konfrontation waren und behaupteten, es handelte sich hauptsächlich um außergerichtliche Hinrichtungen. Andere Todesfälle könnten auf "Irrläufer" zurückzuführen sein. Es gibt keine Berichte über Tod oder Verletzung von Mitgliedern der beteiligten Sicherheitskräfte.

Amnesty International erhielt Bilder, die offenbar 14 der Verstorbenen in La Vega zeigen. Ein externer Gerichtsmediziner überprüfte unabhängig die Details der erlittenen Verletzungen und bestätigte, dass sieben Leichen Schusswunden am Herzen und zwei weitere Leichen eine einzelne Schusswunde direkt über dem Herzen aufwiesen. Zwei Leichen wiesen eine einzige Schusswunde im Kopf auf.

"Die Lage und die Anzahl der Schusswunden an den Körpern der Opfer in La Vega machen die offizielle Version, dass diese Todesfälle bei einer Konfrontation mit Kreuzfeuer entstanden sind, noch weniger glaubwürdig. Stattdessen stützen sie die Erkenntnisse von Amnesty International über eine Politik der systematischen außergerichtlichen Hinrichtungen und anderer Verbrechen nach internationalem Recht in Venezuela. Da es keine Anzeichen für eine unparteiische und unabhängige Untersuchung dieser Ereignisse gibt, ist die Untersuchung der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs notwendiger denn je", sagte Erika Guevara Rosas.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Untersuchung von Amnesty International gab es weder von der Generalstaatsanwaltschaft noch vom Büro des Ombudsmanns öffentliche Erklärungen zur Einleitung einer unabhängigen, unverzüglichen und unparteiischen Untersuchung zur Klärung der Wahrheit und der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeiten in Bezug auf diese Ereignisse. Und selbst wenn ein solcher Schritt unternommen würde, wäre seine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt,

nachdem sich internationale Organisationen, darunter Amnesty International, seit Jahren über die mangelnde Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des venezolanischen Justizsystems beschwerten.

"Die mutmaßlichen außergerichtlichen Hinrichtungen, die wir in La Vega untersucht haben, könnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, an denen die Behörden auf höchster Ebene beteiligt sind, einschließlich Nicolás Maduro. Die Politik der Repression und sozialen Kontrolle basiert auf Straflosigkeit, die von denselben Behörden gefördert und ermöglicht wird, die massive Menschenrechtsverletzungen in Venezuela begangen haben", sagte Erika Guevara Rosas.

Zusätzliche Informationen

Lokale Organisationen, mit denen Amnesty International Kontakt hatte, sammelten die Zeugenaussagen der Familien der Opfer und viele der Berichte bestätigen den *Modus Operandi*, den Amnesty International in der Vergangenheit wiederholt dokumentiert hat. Sicherheitskräfte dringen ohne Festnahme- oder Durchsuchungsbefehl in Häuser ein, halten die Jugendlichen im Haus fest, ohne dass es zu einer Konfrontation kommt und exekutieren sie beim Verlassen - oder sogar noch innerhalb des Grundstücks - mit einem oder zwei Schüssen in eine besonders verletzte Körperregion, wie den Brustkorb oder den Kopf. Anschließend verändern die Beamt*innen den Tatort, simulieren einen Zusammenstoß oder überführen die Leiche, um eine Tatortuntersuchung zu vermeiden und klassifizieren den Tod als "Widerstand gegen die Staatsgewalt".

Dieses Muster von außergerichtlichen Hinrichtungen durch staatliche Sicherheitskräfte, das Amnesty International verifizieren konnte, wird seit mehreren Jahren von internationalen Organisationen und Menschenrechtsorganisationen angeprangert. Insbesondere die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, hat die Auflösung der FAES empfohlen aufgrund der zahlreichen Berichte über außergerichtliche Hinrichtungen seit ihrer Gründung. Die Fact-Finding Mission der Vereinten Nationen für Venezuela stellte in ihrem ersten Bericht fest, dass: "die außergerichtlichen Hinrichtungen [durch die FAES und der Sonderermittlungseinheit Cuerpo de Investigaciones Científicas Penales y Criminalísticas CICPC] keine isolierten Taten [waren], die von einzelnen Personen begangen wurden. Es gibt Informationen über eine vereinbarte Praxis vorbestrafte Personen zu töten, auch wenn sie während der Inhaftierung keinen Widerstand leisten, auch um "Ergebnisse" im Kampf gegen die Kriminalität zu demonstrieren." Die Mission stellte fest, dass es in Venezuela zwischen 2014 und 2020 "eine Politik der Verbrechensbekämpfung gab, die die Beseitigung von Personen, die als 'Kriminelle' angesehen wurden, durch außergerichtliche Hinrichtungen beinhaltete".

Für weitere Informationen oder um ein Interview anzufordern, kontaktieren Sie bitte Duncan Tucker unter +52 55 4848 8266, duncan.tucker@amnesty.org.

Weitere Informationen:

Venezuela: Impunity in the face of lethal policy of social control (Research, 18 February 2021) <http://www.amnesty.org/en/documents/amr53/3632/2021/en/>

Dying before a judge: The arbitrary detention, enforced disappearance, torture and death of Rafael Acosta Arévalo (Research, 4 September 2020) www.amnesty.org/en/documents/amr53/2909/2020/en/

Hunger for justice: Crimes against humanity in Venezuela (Research, 14 May 2019) www.amnesty.org/en/documents/amr53/0222/2019/en/

This is no way to live: Public security and the right to life in Venezuela (Research, 20 September 2018) www.amnesty.org/en/documents/amr53/8975/2018/en/.